

Aus dem Landtag und dem Wahlkreis



Oktober 2019

Aus dem Landtag und dem Wahlkreis

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,

um Ihnen eine Auswahl aus den interessanten Themen der CDU-Landtagsfraktion und meinen Aktivitäten im Wahlkreis zu präsentieren, finden Sie meine Online-Broschüre „Aus dem Landtag und dem Wahlkreis“ auf meiner Homepage.

Umfassende Informationen und Presseberichte zur Arbeit der CDU-Landtagsfraktion finden Sie unter www.cdu-fraktion-niedersachsen.de.

Ich hoffe sehr, dass Ihnen meine Online-Broschüre gefällt.

Natürlich stehe ich Ihnen für Fragen und Anregungen gerne zur Verfügung!



Herzlichst
Ihre Editha Westmann

Aus dem Landtag – Oktober 2019

Folgende Anträge der CDU-Landtagsfraktion wurden im Rahmen des 21. Tagungsabschnittes des Niedersächsischen Landtages vom 23. bis 25. Oktober 2019 behandelt

- Terrorangriff in Halle – Antisemitismus und allen weiteren Formen entgegenzutreten! (Drs. 18/4845)
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung
- Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Niedersächsisches Klimagesetz – NKlimaG (Drs. 18/4839
- Entwurf eines Gesetzes zur Förderung und zum Schutz der digitalen Verwaltung in Niedersachsen und zur Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes (Drs. 18/1598)
- Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Niedersachsen (Drs. 18(3742)
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes (Drs. 18/4837)
- Sicherheit in der Containerschifffahrt erhöhen – Havarien vermeiden – Umweltschäden vorbeugen (Drs. 18/4558)
- Verantwortlichkeiten für Minderheiten innerhalb der EU-Kommission verbindlich regeln (Drs. 18/4603)
- Schutz der Wildbienen verstärken (Drs. 18/3665)
- Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2017 (Drs. 18/2440)
- Antworten der Landesregierung auf Beschlüsse des Landtages zu den Haushaltsrechnungen für die Haushaltsjahre 2008 bis 2016
- Den Wirtschaftsfaktor Pferd stärken: Das Pferdeland Niedersachsen noch attraktiver gestalten (Drs. 18/4838)
- Verbraucherschutz für Smartphone-Nutzer verbessern – Kostenfallen in Mobilfunkverträgen ein Ende setzen (Drs. 18/4844)

Aus dem Landtag – Oktober 2019

Folgende Anträge der CDU-Landtagsfraktion wurden im Rahmen des 21. Tagungsabschnittes des Niedersächsischen Landtages vom 23. bis 25. Oktober 2019 behandelt

Aktuelle Stunde

- Sorgen ernst nehmen – ohne Landwirtschaft keine Zukunft (Drs. 4893)

Aus dem Landtag – Oktober 2019

Rede des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Dirk Toepffer, zu TOP 3 „Terrorangriff in Halle – Antisemitismus und allen weiteren Formen von Menschenverachtung entschieden entgegentreten!“

(23.10.2019)

-es gilt das gesprochene Wort -

Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein. Diesen Satz zu sagen, ist zu keiner Zeit einfach gewesen. Und seit dem 9. Oktober 2019 ist es wieder etwas schwerer. Ich selbst bin es noch immer. Stolz war ich niemals auf meine Herkunft. Zu dieser Herkunft habe ich nicht beigetragen. Stolz war und bin ich auf das, was die Gemeinschaft der Deutschen ausmacht, was diese Gemeinschaft erreicht hat und auch immer wieder erreicht. Aber dieser Stolz hat wieder einmal Schaden genommen. Schweren Schaden, um es ganz genau zu sagen.

Es war der dunkelste Zeitabschnitt der deutschen Geschichte, die Zeit in den Jahren 1933, vielleicht etwas früher, bis in den Mai 1945, der es vielen Deutschen zu recht schwer, vielen nachvollziehbar unmöglich gemacht hat, Stolz für das eigene Land zu empfinden. Mir ging und geht es ähnlich. Aber ich war tatsächlich auch ein wenig stolz darauf, dass es, so dachte ich, gelungen ist, aus dieser Zeit, dieser deutschen Katastrophe, die richtigen Lehren zu ziehen.

Ich war und bin stolz darauf, dass wir uns als Deutsche zu unserer Schuld kollektiv bekennen. Und ich war und bin stolz darauf, dass wir uns kollektiv verpflichtet haben, eine Wiederholung der Shoa zu verhindern. Und uns stattdessen verpflichtet haben, jüdisches Leben in allen Winkeln dieser immer komplizierter werdenden Welt zu schützen. Einer Verpflichtung der wir als deutsche Christdemokraten auch künftig uneingeschränkt nachkommen werden.

Für diese Verpflichtung tragen wir weiter Verantwortung. Eine Verantwortung, der wir uns täglich stellen müssen. Und niemals entziehen dürfen. Zu den Tiefpunkten dieses Parlaments gehören für mich, folgerichtig, diejenigen Debatten, in denen sich Teile des Parlaments der Verantwortung entziehen wollen.

Aus dem Landtag – Oktober 2019

Ich denke - das sei hier offen angesprochen - insbesondere an die immer wiederkehrenden Szenen, in denen sich Vertreter einer bestimmten Partei nicht verantwortlich fühlen, für das, was andere Vertreter dieser Gruppierung an anderer Stelle gesagt haben. Statt Übernahme von Verantwortung folgt dann stets der Hinweis auf die eigene ganz persönliche Integrität. Eine Integrität, die ich den Betroffenen im Einzelfall gar nicht immer absprechen will. Aber dieser Hinweis auf die eigene Integrität ist nicht ausreichend.

Wer einer bestimmten Partei beiträgt, trägt Verantwortung für die Summe dessen, was im Namen dieser Partei verbreitet wird. Und wenn Grenzen überschritten werden heißt es, die eigene Grenze zu definieren. Und gegebenenfalls persönliche Konsequenzen zu ziehen. Verantwortung ist auch das Resultat eines besonderen Pflichtgefühls. Es ist auffällig, dass es gerade denen, die den Wert der Pflichterfüllung als besonders deutsche Tugend so gern betonen, erkennbar schwerfällt, ihrer Verantwortung nachzukommen. Die Ereignisse in Halle machen uns betroffen. Sie machen auch wütend. In erster Linie natürlich deshalb, weil gänzlich unbeteiligte und unschuldige Menschen Opfer eines verblendeten Rassisten werden sollten bzw. Opfer geworden sind. Sie machen wütend, weil man nicht weiß, wie man auf diese Form der Perversion reagieren soll. Aber sie machen auch wütend, weil wir für diese Ereignisse Verantwortung tragen müssen.

Dieser Angriff auf eine jüdische Synagoge und zwei zufällig den Weg des Attentäters kreuzende Passanten war auch ein Angriff auf unsere deutsche Gemeinschaft, auf die Gemeinschaft der in Deutschland lebenden Menschen. Er war ein Angriff gegen unsere Form des Zusammenlebens, unsere Art, politische Auseinandersetzungen auszutragen, unseren Weg, Verantwortung für unsere teils schwierige deutsche Geschichte zu tragen. Zu dieser Verantwortung gehört aber auch die Erkenntnis, dass wir ihr offensichtlich nicht gerecht geworden sind. Eine schmerzhaft, unbequeme Erkenntnis. Ja, gewisse politische Bewegungen haben zu den Ereignissen beigetragen. Aber es wäre falsch und all zu einfach, den Vorgang mit diesem Hinweis zu erklären. Wir müssen uns fragen, ob das bisherige Bemühen ausreicht, der Verantwortung gerecht zu werden. Manch eine Reaktion erfolgte vielleicht zu reflexartig, zu automatisch, um diejenigen, die wir erreichen wollen, tatsächlich zu beeindrucken.

Aus dem Landtag – Oktober 2019

Die Häme mancher über Lichterketten vor Moscheen und Synagogen kam ja nicht von ungefähr. Sie ist wohl auch Ausdruck einer als Hilflosigkeit wahrgenommenen Politik. Eine Politik, die möglicherweise von der Last der Verantwortung erdrückt nicht mehr in der Lage ist, Dinge zu erklären. Oder glaubt, dass die Verantwortung so schwer wiegt, dass man manches als selbstverständlich gar nicht mehr erklären muss. Es ist erst wenige Wochen her, dass ich Ende September mit Michael Fürst als Vorsitzenden des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden von Niedersachsen und Katharina Seidler als Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinden von Niedersachsen zusammengesessen habe. Genau zwei Wochen vor den Ereignissen von Halle sprachen wir auch über Antisemitismus in unserer Gesellschaft. Mit unterschiedlichen Ansätzen. Es war Frau Seidler, die mir über Vorfälle berichtet hat, die unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger erleben, wenn sie ihre Synagoge für die Besichtigung nichtjüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, insbesondere Schulklassen öffnen.

Bemerkungen junger Menschen, die deutlich machen, dass das, was viele von uns bereits als überwunden glaubten, noch allgegenwärtig ist. Oder schlimmer noch: Dass all dies zurückzukehren droht. Wenn dem so ist, liebe Frau Seidler, dann ist es leider so, dass auch ich meiner Verantwortung als Deutscher und als Politiker nicht gerecht geworden bin. Das Gefühl des Stolzes, das man im Rahmen der Vergangenheitsbewältigung so gerne spüren will, weicht dann einer ganz anderen Empfindung, dem Gefühl der Scham. Und der Erkenntnis des eigenen Versagens.

Wir sprachen an diesem 25. September auch darüber, was wir nun tun können. Außerhalb dessen, was wir ohnehin und immer wieder tun. Über das hinaus, was die Feinde dieser Gesellschaft mit Spott und Häme kommentieren. Nun, wir werden zunächst das tun, was zur Verteidigung eines jeden Mitbürgers getan werden muss: Wir werden den persönlichen Schutz unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in besonderer Weise sicherstellen. Wir werden zusätzliche Mittel für die Arbeit der jüdischen Gemeinden bereitstellen, für die Verbesserung der selbst organisierten Sicherheit und ebenso für den polizeilichen Schutz Sorge tragen. Aber wir müssen darüber hinaus mehr tun.

Aus dem Landtag – Oktober 2019

Wir müssen einem gesellschaftlichen Klima entgegenwirken, welches Vorfälle wie die in Halle überhaupt erst ermöglicht hat. Wir müssen einem Klima entgegentreten, in dem Hass und Intoleranz begünstigt werden. Wir müssen uns mit der Geschichtsvergessenheit vieler auseinandersetzen. Und wir müssen diejenigen stellen, die mit ihrer Sprache und Verrohung den Nährboden für diejenigen bereiten, die den Worten Taten folgen lassen. Aber wir müssen auch etwas anderes beachten: In unserem Gespräch waren Sie es, lieber Herr Fürst, der die Frage gestellt hat, wie weit die Aufrüstung zum Schutz jüdischer Einrichtungen gehen soll. - Zu recht! - Jüdisches Leben ist Teil dieser Gesellschaft.

Und wir alle wollten nie wieder erleben, dass dieses jüdische Leben fern von uns anderen hinter Mauern und Panzerglas stattfindet. Der Gedanke spielender jüdischer Kinder hinter einem Stacheldrahtzaun muss für jeden von uns unerträglich sein. Jüdisches Leben und jüdische Kultur gehören in die Mitte unserer Gesellschaft. Als Teil unserer Kultur und unseres Miteinanders. Auch dies ist Teil unserer Verantwortung. Die Tür, welche die Menschen in der Synagoge in Halle gerettet hat, soll nun ein Ort des Gedenkens werden. Wir werden auch künftig noch besser dafür Sorge tragen, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger durch solche starken Türen geschützt werden. Aber wir werden auch dazu beitragen, dass diese Türen möglichst bald wieder offen stehen.

Aus dem Landtag – Presse Oktober 2019

01. Oktober 2019

**Modder und Toepffer: Solide Haushaltspolitik und Erhalt von Handlungsspielräumen in Krisenzeiten -
Schuldenbremse wird in Landesverfassung festgeschrieben**

Hannover. Die Fraktionen von SPD und CDU haben am Dienstag einem Kompromiss zur Festschreibung der Schuldenbremse in der niedersächsischen Landesverfassung zugestimmt. Damit ist der Weg frei für die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzentwurfes im Oktober-Plenum des Landtags.

„Das ist eine gute Nachricht für unser Land. Mit der nun gefundenen Regelung sorgen wir dafür, dass in Niedersachsen auch in Zukunft solide gewirtschaftet wird, ohne die Handlungsfähigkeit des Staates in Krisenzeiten zu beschneiden“, erklären die Fraktionsvorsitzenden Johanne Modder (SPD) und Dirk Toepffer (CDU).

Die Regelung, auf die sich die Regierungsfractionen geeinigt haben, sieht vor, dass Schulden außerhalb eines Konjunkturbereinigungsverfahrens nur noch im Falle von Naturkatastrophen und besonderen staatlichen Notlagen aufgenommen werden können. „In diesen Ausnahmesituationen kann eine Summe von bis zu 0,5 Prozent des Landeshaushalts als kurzfristige Soforthilfe auf Basis einer qualifizierten Mehrheit im Landtag aufgenommen werden. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war es uns ein großes Anliegen, diesen Handlungsspielraum des Staates zu erhalten und wichtige Investitionen zu ermöglichen“, so Johanne Modder.

Dirk Toepffer betont: „Mit der Einigung auf die Festschreibung der Schuldenbremse in der Verfassung halten wir nicht nur die Belastung aktueller und zukünftiger Generationen im Rahmen und schaffen so ein weiteres Stück der Generationengerechtigkeit, sie zwingt die Politik auch zur Beachtung der Haushaltsgrundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Mit der im Gesetz geregelten Zweidrittel-Mehrheit im Landtag zur Aufnahme möglicher neuer Schulden schaffen wir die notwendige Sicherheit zur strengen Kontrolle, sollte es die Landesregierung für notwendig erachten, vom Verschuldungsverbot abzusehen. Gleichzeitig haben wir den Parlamentariern die Möglichkeit gegeben, auf Notsituationen zu reagieren.“

Aus dem Landtag – Presse Oktober 2019

14. Oktober 2019

Toepffer : Land muss eigene Lehren aus Lügde ziehen – CDU fordert Überarbeitung eigener Ausführungsgesetze

Hannover. Vor dem Hintergrund des Rücktritts von Landrat Tjark Bartels erneuert die CDU-Landtagsfraktion ihre Forderung, nach dem Missbrauchsfall in Lügde auch landesrechtliche Konsequenzen zu ziehen. Neben einem unabhängigen Landesbeauftragten zu Fragen des sexuellen Missbrauchs fordert CDU-Fraktionschef Dirk Toepffer unter anderem, Versagensgründe für eine Pflegeerlaubnis im landesrechtlichen Ausführungsgesetz festzuschreiben. Anders als in Nordrhein-Westfalen regelt Niedersachsen im Wesentlichen bislang nur Kostenträgerfragen. „Das können Gründe sein, die in der Pflegeperson selbst liegen, aber auch Gründe, die sich auf die Wohnumstände der Pflegeperson beziehen. Ohne festen Wohnsitz muss die Pflegeerlaubnis künftig versagt werden“, so Toepffer.

Bereits vor einigen Tagen hat die von der CDU-Landtagsfraktion geforderte Kinderschutz-Kommission ihre Arbeit aufgenommen. Diese durchleuchtet die Behörden- und Verfahrensstrukturen der Jugendhilfe und wird dem Land Veränderungen empfehlen. „Wir müssen dringend klären, ob es sinnvoll ist, dass nach wie vor jede Kommune selbst entscheidet, wie sie beim Kinderschutz die allgemeinen Vorschriften des Bundes umsetzt. Ich halte es für erforderlich, dass wir den Jugendämtern deutlich stärker als bislang sagen, was geht und was nicht. Beim Kinderschutz darf es kein Ermessen geben“, so Toepffer.

Aus dem Landtag – Presse Oktober 2019

23. Oktober 2019

Dammann-Tamke: Politik, nicht Landwirtschaft trägt Verantwortung für fehlende Veränderungsprozesse – Kanzleramt muss übernehmen

Hannover. Vor dem Hintergrund der friedlichen und konstruktiven Protestaktion vor allem junger Landwirte aus ganz Deutschland mahnt der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Helmut Dammann-Tamke einen fairen und selbstkritischen Umgang mit den in der Landwirtschaft tätigen Menschen an. Im Rahmen einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde sagte Dammann-Tamke, Politik – und nicht die Bauern – trügen die Verantwortung für die fehlenden, aber notwendigen Veränderungsprozesse in der Landwirtschaft. „Gerade die jungen Landwirte wollen Veränderung, und sie wissen als hochqualifizierte Agrarier am besten, wie sie Tiere, Böden und Klima effektiv schützen können. Diese junge Generation zukünftiger Landwirte verdient unseren Respekt. Und sie verdient Anerkennung dafür, dass sie sich offen und unvoreingenommen auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und gesellschaftlichen Wünschen mit der Politik und anderen gesellschaftlichen Gruppen an einen Tisch setzen will. Die CDU wird sie dabei tatkräftig unterstützen“, so der CDU-Agrarexperte.

Mit Blick auf die zahlreichen gesellschaftlich gewünschten Veränderungen bei Pflanzenschutz- und Düngemitteln, Tierwohl sowie Insekten-, Arten- und Klimaschutz warnt Dammann-Tamke vor der Überforderung eines ganzen Berufsstandes, die an die Existenz gehe. Als Beispiel nannte der CDU-Abgeordnete die nicht nachvollziehbaren und intransparenten Kriterien zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. „Ich bin Umweltminister Olaf Lies dankbar, dass sein Haus nun nacharbeiten wird. Unsere Landwirte halten sich an Recht und Gesetz, wollen aber fair behandelt werden. Wer Bauern-Bashing betreibt, macht es sich nicht nur zu einfach, sondern treibt einen Spaltpilz in unsere Gesellschaft.“

In Richtung der Bundesregierung sagte Dammann-Tamke abschließend: „Wir sollten Berlin davon überzeugen, dass bei allen diesen Themen die Landwirtschaft nicht das Problem, sondern ein unverzichtbarer Teil der Lösung ist, und wir sollten auf Anreizsysteme setzen und nicht wie die Bundesministerinnen Klöckner und Schulz auf Ordnungsrecht. Unsere Ministerin Barbara Otte-Kinast hat recht: Die Bundeskanzlerin muss diese Themen über das Kanzleramt zur Chefsache machen.“

Aus dem Landtag – Presse Oktober 2019

23. Oktober 2019

Bäumer: Klimaschutzgesetz leistet wirksamen Beitrag zum Schutz unserer Lebensgrundlage – CDU setzt auf breite Akzeptanz der Bevölkerung

Hannover. Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um mindestens 80 Prozent bis 2050, Umstellung des ÖPNV auf klimaschonende Fahrzeuge bis 2035 und eine Landesverwaltung auf Basis erneuerbarer Energien ebenfalls bis zum Jahr 2050: Die Regierungsfractionen von CDU und SPD haben dem Landtag ihren Entwurf eines nachhaltigen und auf eine breite Akzeptanz abzielenden Klimaschutzgesetzes für Niedersachsen vorgelegt.

Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Martin Bäumer sagte zur Einbringung am heutigen Dienstag, die Koalition leiste mit den enthaltenen Maßnahmen einen „angemessenen und wirksamen Beitrag für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Wir sorgen zudem dafür, dass wir auf die Folgen des Klimawandels wie den Anstieg der Meeresspiegel und die Verschiebung der Klima- und Niederschlagszonen besser vorbereitet sind. Wir sagen sehr klar, wie und bis wann wir unsere Klimaschutzziele erreichen wollen, aber tun dies mit Augenmaß, indem wir die technologischen und wirtschaftlichen Chancen zum Wohle aller Menschen in unserem Bundesland nachhaltig nutzen.“

Für eine erfolgreiche Umstellung auf erneuerbare Energien und neue Antriebsformen sei es erforderlich, eine breite Akzeptanz der Bevölkerung zu erreichen. Als Beispiele nannte Bäumer die Mobilität und den Ausbau der Windenergie im ländlichen Raum. „Ohne Auto geht es in der Fläche nicht, das ist die Realität in Niedersachsen. Wir wollen das Auto nicht per se verteufeln, sondern weiterentwickeln. Mit Elektroautos, mit Wasserstoff oder mit synthetischen Kraftstoffen. Technologieoffen und frei von Ideologie.“ Ähnlich, so Bäumer, verhalte es sich bei der notwendigen Ausweisung neuer Flächen für die Gewinnung erneuerbarer Energien. „Manchmal habe ich den Eindruck, dass die Regelungen für den Abstand einer Windkraftanlage zu einem Vogelnest klarer gefasst sind als der Abstand zur Wohnbebauung. Auch hier kann Akzeptanz nur erzeugt werden, wenn die Menschen mitgenommen werden.“

Aus dem Landtag – Presse Oktober 2019

24. Oktober 2019

Westmann: Nationale Minderheiten bereichern unsere Gesellschaft – CDU fordert EU-Minderheitenschutz auf Kommissionsebene

Hannover. Mit den Stimmen der Regierungsfractionen von CDU und SPD hat der Niedersächsische Landtag die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene und gegenüber der EU dafür einzusetzen, verbindliche Verantwortlichkeiten auf Kommissionsebene für Angelegenheiten der mehr als 400 autochthonen Minderheiten in Europa zu schaffen. CDU und SPD schließen sich damit einer Forderung der europäischen Bürgerinitiative „Minority Safepack“ an, der es gelungen ist, über eine Million Unterstützer für ihr Anliegen zu finden.

„Die über 400 autochthonen Minderheiten verstehen sich als Europäer und bereichern unsere Gesellschaft durch eine eigene Sprache, Kultur und Geschichte“, sagte die CDU-Landtagsabgeordnete Editha Westmann am Donnerstag zur Begründung des Entschließungsantrages. Es gelte, die Identität der Minderheiten zu bewahren, sie vor Diskriminierung zu schützen und ihnen Freiheit und Gleichbehandlung zu garantieren. „Wir müssen allerdings feststellen, dass nicht jeder Staat in der EU die Existenz seiner Minderheiten anerkennt, und nicht überall ist ihr Schutz in der gebotenen Sorgfalt zu erkennen“, so Westmann.

Angesichts der Tatsache, dass jeder siebte EU-Bürger einer Minderheit angehöre, werde deutlich, dass die Forderung nach einer größeren Beachtung dringend geboten sei. „Die Einhaltung des Minderheitenschutzes muss auf höchster europäischer Ebene sichergestellt werden und für alle Mitgliedsstaaten bindend sein. Um diese Forderung durchsetzen zu können, muss die Zuständigkeit für den Minderheitenschutz auf eine Kommissarin oder einen Kommissar übertragen werden“, so Westmann abschließend.

Aus dem Landtag – Presse Oktober 2019

25. Oktober 2019

Miesner: Niedersachsen für Reiturlauber noch interessanter machen – Stärken weiter ausbauen

Hannover. Niedersachsen ist das führende Bundesland auf dem Gebiet der Pferdezucht und des Reittourismus. Knapp 200.000 Pferde, 450.000 Reiterinnen und Reiter und 20.000 Züchterinnen und Züchter sind hier ansässig.

„In Deutschland wird die Wirtschaftskraft des Reitsports mit ca. sechs Millionen Euro beziffert. In Niedersachsen davon deutlich mehr als eine Millionen Euro. Allein die reittouristischen Übernachtungen bringen einen Umsatz in Höhe von 225 Millionen Euro. Das alles schafft laut IHK ca. 70.000 Arbeitsplätze“, so der tourismuspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Axel Miesner.

„Das alles zeigt, dass unser Niedersachsen das Land für den Reiturlaub ist. Nutzen wir diese Potentiale und unsere Chancen. Unsere Reiterregionen sind bestens aufgestellt. Wir müssen überlegen, inwieweit wir unser Niedersachsen für Reiturlauber und deren Angehörige, deren Familien und Freunde noch interessanter machen können“, so Miesner weiter.

Niedersachsen steht für viele erfolgreiche und schöne Reitturniere im Lande. „Und diese Stärken wollen wir weiter ausbauen. Wir wollen die reittouristischen Infrastrukturen ausbauen. Wir wollen Reiterhöfe und Reithotels bei Investitionen unterstützen, die Werbeaktivitäten bündeln und damit verstärken. Der klassische Reiturlaub soll mit anderen Urlaubsangeboten verknüpft werden“, erklärt Miesner.